Appell an den Bürgermeister und an Mitglieder des Rates von Havixbeck

10.06.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gromöller,

Sehr geehrte Mitglieder des Rates von Havixbeck,

am 12.06.2019 wird sich der Umweltausschuss der Gemeinde mit der Anregung befassen, in Havixbeck den „Klimanotstand“ auszurufen. Die Verwaltung stellt in Aussicht (VO/056/2019): *Der Anregung des Bürgers an den Rat der Gemeinde Havixbeck, die Unterstützung der vom 03.04.2019 vorgelegten Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands zu beschließen, wird gefolgt, sobald die hierfür erforderliche Personalkapazität im Stellenplan bereitgestellt wird.*

Die unterzeichnenden Wissenschaftler appellieren an Sie, diese Anregung aus den nachfolgenden Gründen bei Abstimmungen abzulehnen und damit Kommunen wie Willich, Oberhausen, Herzogenaurach, Geilenkirchen und Braunschweig zu folgen.

Was ist ein Notstand?

Der Duden kennt für den Begriff „Notstand“ zwei Bedeutungen, nämlich „Notlage“ und „Situation, in der ein Staat in Gefahr ist“. Es handelt sich also um einen Begriff, dessen Verwendung nur in ganz extremen Situationen gerechtfertigt ist. Als innerer Notstand wird im Staatsrecht die Notlage eines Staates infolge von Naturkatastrophen, schweren Unglücksfällen, Angriffen auf die staatliche Grundordnung oder den Bestand des Staates bezeichnet. Lassen Sie es nicht zu, dass unter dem Eindruck des momentanen, durch Angst, Hysterie und Panik dominierten Mainstreams in den Medien solche wichtigen Maßstäbe mutwillig verschoben werden.

Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es keinen „Klimanotstand“, auch nicht in Havixbeck

Es gibt unzählige Wissenschaftler, die den apokalyptischen Endzeit-Szenarien eines Klimawandels widersprechen. Selbst das IPCC, die Klimakommission der UNO, kennt diese Szenarien nicht. Diese Erkenntnisse sind allerdings unspektakulär, wenig pressewirksam und werden deshalb in den täglichen Nachrichten kaum berücksichtigt. Einer der führenden Klimaforscher, Prof. Bjorn Stevens vom Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg, wird im Spiegel-Bericht vom 23.03.2019 wie folgt zitiert: *„Unsere Computer sagen nicht einmal mit Sicherheit voraus, ob die Gletscher in den Alpen zu- oder abnehmen werden“.* Und weiter: *„Denkbar ist aber auch, dass es prinzipiell unvorhersehbare Klimaphänomene gibt. Dann können wir noch so genau simulieren und kommen trotzdem zu keinen verlässlichen Ergebnissen“.* In einem Vortrag am 6. Juni 2019 im Max-Planck-Institut in Münster, bei dem zwei der Unterzeichner zugegen waren (K.M., W.M.), distanzierte sich Prof. Stevens von den apokalyptischen Zukunftsbildern, wie sie in Medien oft dargestellt

werden. Er betonte auch, dass keine Punkte existieren, ab denen es kein „Zurück“ mehr geben könne. Diese sogenannten Kippunkte, wie sie vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung dargestellt werden, kritisierte er heftig. Entgegen anderslautender Meldungen besteht in der Wissenschaft keinerlei Einigkeit über die zukünftige Klimaentwicklung und somit lässt sich hieraus erst recht kein Klimanotstand ableiten, auch nicht in Havixbeck. Bitte lassen Sie bei der Bevölkerung nicht durch Übernahme einer vorsätzlich falschen Begrifflichkeit einen anderen Eindruck entstehen, bei dem Sie unter Zugzwang geraten und Fehlentscheidungen möglich sind.

Der Versuch, den Bau riesiger Windkraftanlagen in Havixbeck zu erzwingen

Die Unterzeichner gehen davon aus, dass die Anregung, einen „Notstand“ in Havixbeck zu konstruieren, unter anderem dazu genutzt werden soll, den hiesigen Widerstand gegen die Errichtung riesiger Windkraftanlagen zu brechen. Hierauf weisen auch schon die letzten Presseberichte von Bündnis 90/Die Grünen hin. Windkraftanlagen der geplanten Größe scheinen durch ihre Schall- und Infraschall-Emissionen verantwortlich für ernsthafte Erkrankungen von Anwohnern, wie z.B. Schlafstörungen, Leistungseinbußen (Schulkinder!), Depressionen, Blutdruckerhöhungen und wohl auch für eine vermehrte Häufung von Herzinfarkten im Umkreis mehrerer Kilometer um eine solche Anlage. Die bisherige Entscheidung des Rates, den Abwägungsprozess über die neuen Konzentrationszonen im Hinblick auf Gesundheitsschutz der Bevölkerung fortzusetzen, soll mit dem Damoklesschwert „Klimanotstand“ politisch gekippt und moralischer Druck auf den Rat ausgeübt werden.

Bitte machen Sie sich nochmals bewusst, für welche landschaftlich wertvolle Region Sie in der Verantwortung stehen. Noch haben Sie die einmalige Chance, die Baumbergeregion von völlig überdimensionierten Industrieanlagen freizuhalten und für die Naherholung und den Tourismus zu entwickeln. Allein im Landschaftsschutzgebiet Schonebeck-Herkentrup sollen für 2 Windkraftanlagen jeweils tausende Tonnen Stahlbeton im Boden versenkt und autobahnähnliche Zuwegungen sowie riesige permanente Kranstellplätze betoniert werden. Auch die Funktion als CO₂-Senke wäre damit gestört. Klarer als im Gutachten der Firma enveco GmbH aus Mai 2016 kann man es nicht ausdrücken: Die Auswirkungen der Windkraftwerke auf die Kulturlandschaft in Havixbeck wären „KAUM VERTRETBAR“!

Sicherlich gibt es bei anderen Aspekten der CO₂-Einsparung im Gemeindegebiet noch große Potentiale, z.B. bei der weiteren Installation von Fotovoltaik und beim Bau und der Renovierung von Gebäuden. Diese Möglichkeiten sollten unserer Meinung nach auch genutzt und gezielt gefördert werden.

In seinem jüngsten „Erneuerbare Energien Report“ aus Februar 2019 bemängelt das Bundesamt für Naturschutz (BfN): *„In der Planung und Genehmigung von Erneuerbare-Energien-Anlagen werden Belange der Schutzgüter Landschaft und Landschaftsbild aktuell nur unzureichend integriert.“* Bereits heute steht jedes 4. Windrad in einem Schutzgebiet. Das Bundesamt fordert hier ein Umdenken: Die Energiewende muss natur- und umweltverträglich erfolgen. Dabei könnten die Anlagen selbst dann erhebliche Auswirkungen auf die Landschaft haben, wenn sie außerhalb von Schutzgebieten stünden. Solche geschützten Gebiete sind aber dringend nötig, denn bereits ein Drittel der in Deutschland vorkommenden Tier- und Pflanzenarten steht auf der Roten Liste und ist damit im Bestand

gefährdet. Das Bundesamt empfiehlt: Wenn die Erneuerbaren schon ausgebaut werden müssten, dann müsse dies im Einklang mit den Zielen des Natur- und Umweltschutzes geschehen. Das Bundesamt empfiehlt weiter: Die künftige Planung von Windparks muss auch stärker die Auswirkung auf das Landschaftsbild und Landschaftserleben berücksichtigen. Es müssen naturnah wirkende Landschaften ohne technische Überprägung erhalten bleiben.

Der Landesentwicklungsplan (LEP) NRW sagt: *Die Potentiale für die Windenergienutzung sind in NRW in Abhängigkeit von...schutzbedürftigen anderen Nutzungen unterschiedlich ausgeprägt. Folglich können nicht alle im Planungsgebiet den gleichen Beitrag zum Ausbau der Windenergie leisten.* Das im LEP für den Regierungsbezirk Münster ausgewiesene Planziel von 6000 ha für Windkonzentrationszonen ist mittlerweile um das Doppelte übererfüllt. Bitte halten Sie deshalb Ihre Hand weiterhin über unsere Heimat und versuchen Sie, auch im Rahmen des „Masterplan Baumberge 2026“ diese Region mit ihren Naturschönheiten in Richtung Naherholungsgebiet und Tourismus zu entwickeln.

Beschränken Sie nicht selbst Ihre zukünftige Entscheidungsfreiheit

Obwohl die Ausrufung eines „Klimanotstands“ wohl keine rechtlich bindenden Verpflichtungen beinhaltet, so hat sie doch deutliche symbolische Signalwirkung nach außen. Einmal ausgerufen, werden sich interessierte Seiten sofort auf sie berufen, um ihre Interessen durchzusetzen. Sobald im Rat oder der Verwaltung eine nicht genehme Entscheidung fällt, die in irgendeinen Zusammenhang mit „Klimaschutz“ gestellt werden kann, wird wahrscheinlich Folgendes passieren: Man wird Sie, begleitet von entsprechenden Pressemitteilungen, auf Ihre Missachtung des ausgerufenen Notstands hinweisen und entsprechend an den Pranger stellen. Ihre Entscheidungsfreiheit wäre stark eingeschränkt und Sie würden sich ständigen Vorwürfen und Rechtfertigungszwängen ausgesetzt sehen. Bewahren Sie sich Ihre Möglichkeiten, zum Wohle der Havixbecker Bevölkerung und der ganzen Region weiterhin unabhängig entscheiden und handeln zu können. Auch ohne die reine Symbolpolitik „Klimanotstand“ lassen sich alle für den Klimaschutz notwendigen Maßnahmen ergreifen – und dies in einer sachbezogenen und vernünftigen Atmosphäre.

Sollte Ihrerseits Interesse an einer vertiefenden Begründung unseres Anliegens bestehen, so stehen Ihnen die Unterzeichner für persönliche Gespräche gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,